

**Vorsitzender**

S. E. Ahmet Acet  
Botschafter der Republik Türkei  
Rungestr. 9  
10179 Berlin

Fax 030/27590915

16. September 2010  
mb/kg

Sehr geehrter Herr Botschafter,

die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist die gewerkschaftliche Interessenvertretung von 260.000 Mitgliedern in Schulen, Hochschulen, Kindertagesstätten und sozialpädagogischen Einrichtungen in Deutschland. Wir setzen uns weltweit für das Recht auf „Bildung für alle“ und für die Verwirklichung der Menschenrechte ein.

Am 10.8.2010 wurde der in der Türkei geborene Schriftsteller Doğan Akhanlı, der seit 2001 deutscher Staatsbürger ist, am Flughafen in Istanbul verhaftet. Seit dem 20.8.2010 wird er in einer Haftanstalt in Tekirdağ festgehalten. Die türkische Staatsanwaltschaft wirft Akhanlı vor, er sei im Oktober 1989 an einem Raubüberfall auf eine Istanbuler Wechselstube beteiligt gewesen, bei dem ein Mensch getötet wurde. Akhanlı hat diesen Vorwurf und jegliche Verbindung zu dem Überfall entschieden zurückgewiesen. Seine Anwälte, Haydar Erol (Istanbul) und Ilias Uyar (Köln), halten die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweismittel für völlig haltlos.

Doğan Akhanlı war 1985-1987 als politischer Häftling im Militärgefängnis von Istanbul inhaftiert und wurde dort gefoltert. Er floh 1991 nach Deutschland, wurde als politischer Flüchtling anerkannt und später von der Türkei ausgebürgert. Seit Mitte der neunziger Jahre lebt er als Schriftsteller in Köln. Seitdem hat er sich in Romanen, Aufsätzen und Interviews und in Projekten in Deutschland immer wieder für den offenen Umgang mit historischer Gewalt und für die Unteilbarkeit der Menschenrechte eingesetzt. Er erhielt 2009 den Literaturpreis der Zeitung "Hürriyet". Akhanlı ist zum ersten Mal seit seiner Flucht 1991 in die Türkei gekommen, wo er seinen kranken Vater besuchen wollte.

Sicherlich ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der türkischen Justiz, in dem besagten Raubüberfall zu ermitteln. Es liegt uns auch fern, uns in ein laufendes Verfahren einzumischen. Anklage und Verhaftung von möglichen Verdächtigen setzen jedoch einen hinreichend begründeten Tatverdacht voraus und müssen nach rechtsstaatlichen Prinzipien erfolgen. Im Falle von Doğan Akhanlı hegen wir ernsthafte Zweifel daran. Nach uns bekannten Informationen wurden belastende Zeugenaussagen unter Folter erzwungen und inzwischen widerrufen. Es liegt der Verdacht nahe, dass die Anklage gegen Doğan Akhanlı politisch motiviert ist und nur deshalb erfolgt, um einen ehemaligen Bürger Ihres Landes wegen seines missliebigen politischen Engagements zu bestrafen.

Die Bevölkerung in der Türkei hat sich mehrheitlich für eine neue Verfassung entschieden, die das Erbe des Militärputsches von 1980 beenden und den Menschen in Zukunft mehr Demokratie und Rechte garantieren soll. Politisch motivierte Prozesse gegen Menschenrechtler, Gewerkschafter, Intellektuelle und Andersdenkende sollten ein Ende haben in der Türkei. Wir möchten Sie bitten dafür Sorge zu tragen, dass Doğan Akhanlı Gerechtigkeit widerfährt, dass der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben wird und er die Haftanstalt verlassen darf.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Thöne

Vorsitzender der GEW

Mitglied im Vorstand der Bildungsinternationale (BI)

Anlage: Kopie unseres Schreibens an den türkischen Justizminister, Sadullah Ergin